

Bestellung

Ja, ich möchte ein kostenloses ÖDP-Infopaket erhalten.

Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

E-Mail

Ihre Daten werden für den Versand des ÖDP-Infopakets gespeichert, jedoch nicht an Dritte weitergegeben. Sie haben ein Recht auf Auskunft und können einer werblichen Nutzung Ihrer Daten jederzeit widersprechen. Zusätzliche Informationen finden Sie unter www.oedp.de/service/datenschutz/

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten auch zur Übersendung von aktuellen Informationen über die ÖDP (z. B. per E-Mail) gespeichert werden.

Bitte senden Sie diese Bestellung an:
Ökologisch-Demokratische Partei
Pommersgasse 1, 97070 Würzburg
(09 31) 4 04 86-0, info@oedp.de

Bitte beachten Sie in Ergänzung zu diesem Falblatt auch unsere Veröffentlichungen zu den verwandten Themen „Asyl“ und „Integration“. Vielen Dank!

Bitte ausschneiden ...



Charlotte Schmid

EU-Migrantin, selbstständige Übersetzerin,
ÖDP-Bundesvorstandsmitglied

„Als EU-Migrantin konnte ich ohne Problem in Deutschland studieren und dann arbeiten. Internationalität ist eine Bereicherung. Ich begrüße gesellschaftliche Vielfalt!“



Jeyaratnam Caniceus

Nicht-EU-Migrant, Elektrotechnikermeister,
ÖDP-Ratsherr der Stadt Kempen

„Aus eigener Erfahrung sage ich: Integration ist kein Selbstläufer, sie gibt es nicht zum Nulltarif. Es ist wichtig, dass jeder Einzelne Eigeninitiative ergreift und sich mit der Gesellschaft, in der er lebt, identifizieren kann.“



Ihre ÖDP vor Ort:



www.oedp.de | info@oedp.de

Folgen Sie uns auch auf:   

Da wir keine Firmenspenden annehmen, sind für uns Privatspenden besonders wichtig. Wir freuen uns über Ihre finanzielle Zuwendung!

Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE25 7002 0500 0009 8152 00
BIC: BFSWDE33MUE



Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.

Ökologisch-Demokratische Partei



Migration Steuern und gestalten!

DAS GUTE GEWINNT!



Foto: MEP photography/Stock.com

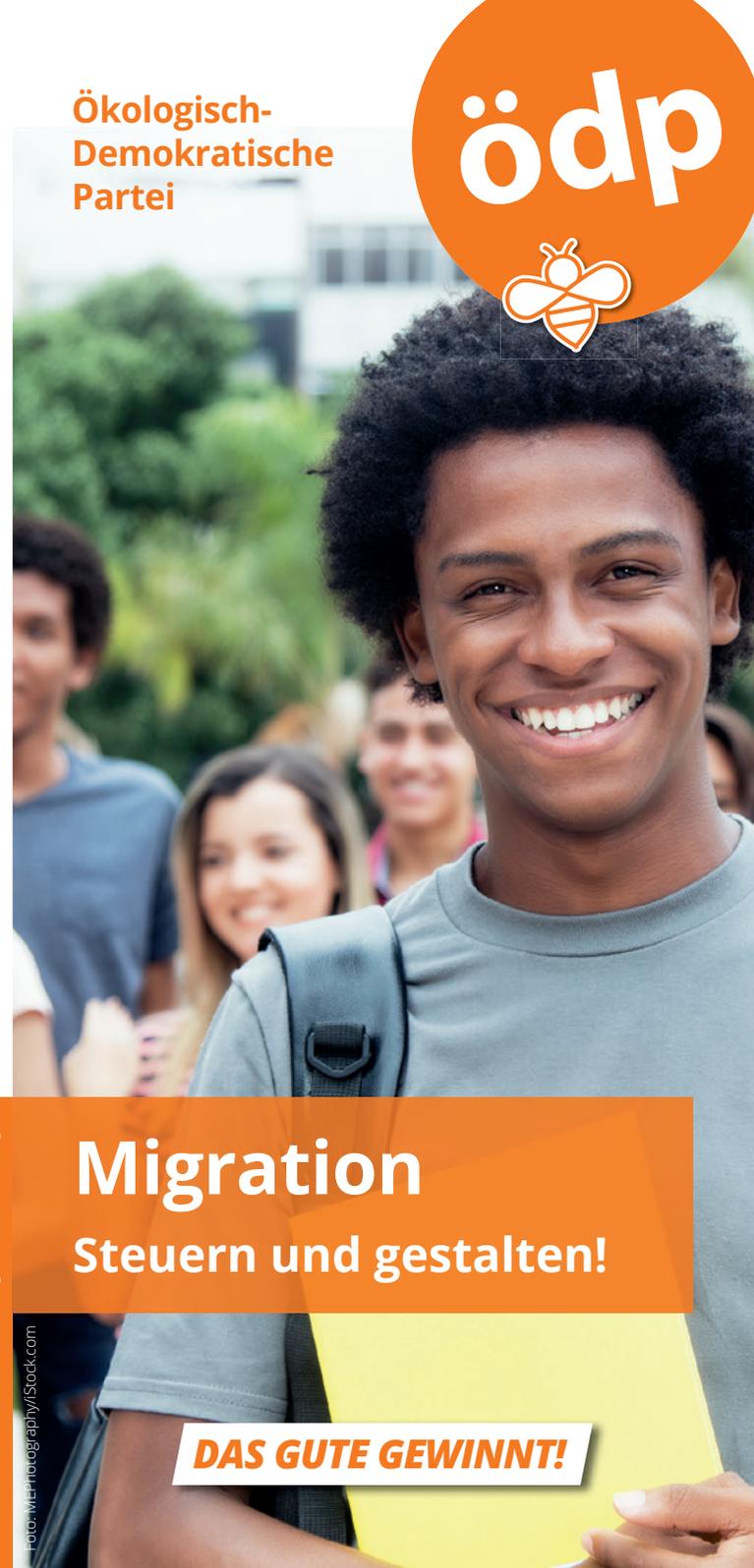


Foto: MEP photography/Stock.com

Migration ist Realität

In unserer Welt ist die Zu- und Abwanderung von Menschen über Staatsgrenzen hinweg inzwischen eine Normalität geworden. Wir begrüßen grundsätzlich die Möglichkeit der Migration.

Die aktuelle EU-Gesetzlage differenziert zwischen Migration innerhalb der EU und Migration über die Grenzen der EU hinweg. Gegenwärtig macht die Arbeitsmigration im Rahmen der EU-Freizügigkeit den größten Teil der Zuwanderung nach Deutschland aus.

Zuwanderung steuern

Arbeitsmigration hat sich in erster Linie nach dem Bedarf des Arbeitsmarktes zu richten. Dabei sollte der Bedarf so weit wie möglich durch deutsche Arbeitskräfte gedeckt werden. Sofern der Bedarf nicht gedeckt werden kann oder besondere Fachkräfte benötigt werden, sollte auf Arbeitsmigranten auch aus Nicht-EU-Staaten zurückgegriffen werden.

Die Erteilung einer entsprechenden Aufenthaltserlaubnis ist an Bedingungen wie entsprechende berufliche Qualifikationen oder ausreichende Deutschkenntnisse zu knüpfen.

Wir wollen insbesondere Menschen ansprechen, die besondere Eigeninitiative zeigen und sich aktiv in die bestehende Gesellschaft einbringen möchten. Wir benötigen den Mut zur Selbständigkeit und Existenzgründung, der bei Menschen mit Migrationshintergrund einen hohen Ausprägungsgrad hat.

Unter anderem konsequenter Umweltschutz, transnationale Vernetzung und technische Weiterentwicklungen benötigen Sachkenntnisse, einen Reichtum an Ideen und eine kraftvolle Umsetzung, bei der Migrantinnen und Migranten ihre Kompetenzen einbringen können und sollen.

All dies wollen wir aktiv fördern.



Forderungen der ÖDP

- ✓ Anwerbung von Auszubildenden und Studenten in und außerhalb der EU-Grenzen ausbauen
- ✓ Anreize zum Verbleib nach Ausbildung und Studium für ein Arbeitsleben in Deutschland erhöhen (erleichterte unbefristete Aufenthaltserlaubnis, Einbürgerung, Familiennachzug); dabei die Umsetzung des UN-Migrationspakts an nationalen Interessen orientieren
- ✓ EU- und bundesstaatliche Aus- und Weiterbildungshilfen für Länder, die vom Verlust an Fach- und Führungskräften durch Abwerbung in die EU-Staaten besonders betroffen sind
- ✓ Stärkung der Rechte von ausländischen Leih- und Saisonarbeitskräften, insbesondere in der Krankenversicherung und bei Mindeststandardtarifen
- ✓ Strikte Einhaltung und Überwachung aller einschlägigen arbeitsrechtlichen nationalen Bestimmungen zum Wohle aller Beschäftigten und rechtschaffener Betriebe
- ✓ Strikte Bekämpfung insbesondere der organisierten Kriminalität in den Bereichen Sozialleistungsmisbrauch, Menschenhandel/Prostitution und illegaler Beschäftigung im Zusammenhang mit Migration